

## Pressemitteilung der Bürgerinitiative „Gesundheit vor 5G – Initiative Bad Feilnbach“

### **Bad Feilnbach: Bürgerinitiative Gesundheit vor 5G setzt auf Vorsorge und Transparenz**

Die Bürgerinitiative „Gesundheit vor 5G – Initiative Bad Feilnbach“, gegründet am 21.11.2020, blickt auf sehr ereignisreiche und arbeitsintensive Monate zurück. Neben der Einrichtung einer Website organisierte die Bürgerinitiative einen Online-Vortrag, stellte vielfältiges Informationsmaterial zu kommunalen Gestaltungsspielräumen bereit und beantragte mit 736 Unterschriften eine außerordentliche Bürgerversammlung zum Thema Mobilfunk und 5G.

Zukünftige Schritte sollen nun die Vorbereitung der außerordentlichen Bürgerversammlung zum Thema Mobilfunk und die Mitwirkung an der inhaltlichen Ausarbeitung des vom Gemeinderat beschlossenen Mobilfunk-Vorsorgekonzepts sein. Auf der Grundlage aller bisherigen Informationen unterstützt die Bürgerinitiative die Erstellung dieses Konzepts für das gesamte Gemeindegebiet, um die bereits bestehenden Standorte und deren Strahlenintensität genau zu erfassen und kommunale Handlungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Wichtig ist dabei der Gesundheitsschutz als oberste Priorität, denn das zugrundeliegende Ziel entscheidet, ob es tatsächlich ein *Vorsorgekonzept* wird. Außerdem ist zu beachten, dass die Ergebnisse des Mobilfunk-Vorsorgekonzepts in die planerischen Verordnungen der Gemeinde eingearbeitet werden müssen. Dies kann beispielsweise mithilfe der Bauleitplanung geschehen. Andernfalls bleibt das Mobilfunk-Vorsorgekonzept wirkungslos. Ebenso wirkungslos bliebe es, wenn der Auftrag nicht an ein vorsorgeorientiertes Institut vergeben wird: *„Das Mobilfunkkonzept bietet Chancen und Möglichkeiten, kann aber auch als Ausflucht aus der Vorsorgeverantwortlichkeit dienen. Wir haben uns genau informiert. Es gibt erhebliche Unterschiede in der Herangehensweise der verschiedenen Institute. Zählt eine optimale Strahlungsminimierung im Sinne des Vorsorgeprinzips oder nur die Beruhigung der Bevölkerung mit scheinbar sicheren Grenzwerten? Die von uns eingeforderten Kriterien könnten von manchen Instituten nicht verwirklicht werden,“* sagt Sprecherin Dr. Andrea Erhart-Leicht, *„dies haben wir sowohl dem Geschäftsführer als auch dem Bürgermeister deutlich zum Ausdruck gebracht und entsprechendes Informationsmaterial bereitgestellt. Erklärtes Ziel bleibt dabei ein Bad Feilnbach ohne 5G.“*

Sehr überrascht zeigte sich die Bürgerinitiative über den Informationsteil zu 5G in der letzten Ausgabe der Bad Feilnbacher Gemeindezeitung mit dem Titel „5G-Netz. Bad Feilnbach setzt auf Transparenz“. Während die Bürgerinitiative lediglich den Ausbaustopp und ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept fordere, so heißt es weiter, setze die Gemeinde stattdessen auf Transparenz. Diese Aussage suggeriert, dass die Bürgerinitiative ausschließlich Forderungen stelle, ohne die fachlichen Hintergrundinformationen zu liefern und der Verwaltung im sachlichen Diskurs zu begegnen. Tatsächlich muss wohl davon ausgegangen werden, dass erst das Engagement der Bürgerinitiative dafür sorgte, dass dieses Thema überhaupt längerfristig wahrgenommen wurde. Die zahlreichen Bemühungen um fundierte Informationen sprechen für sich. Zudem zeigt die umfangreiche Dokumentation des Engagements auf der Website und in zahlreichen

Presseberichten, wie wichtig der Bürgerinitiative Klarheit und Transparenz sind. Ein offener Diskurs und Transparenz auf der Seite der Gemeindeverwaltung seien aber leider noch nicht ausreichend gegeben, betont Dr. Erhart-Leicht, die Sprecherin der BI: *„Wir würden uns Transparenz wünschen und darunter verstehen wir, die Bürger/innen nicht einseitig durch Aussagen der Mobilfunkbetreiber zu informieren, sondern alle Stimmen in einen Mitteilungsdiskurs aufzunehmen.“*

In der letzten Ausgabe der Gemeindezeitung werden den Leserinnen und Lesern wertvolle Informationen zu kommunalen Handlungsmöglichkeiten vorenthalten: So wird in dem zweiseitigen Bericht fast ausschließlich der Sachstand wiedergegeben, wie er dem Gemeinderat von einem Vertreter eines Mobilfunkbetreibers dargestellt wurde. Alle anderen wesentlichen Informationsgeber der letzten Wochen bleiben ausgeklammert. Gerade über kommunale Gestaltungsmöglichkeiten sollten die Bürgerinnen und Bürger aber informiert werden, denn es geht um ihre Zukunft und darum, wie nun jede Gemeinde ihr Gemeindegebiet aktiv ausgestaltet. Dazu Erhart-Leicht: *„Wir wünschen uns für die Zukunft einen fairen Informationsaustausch, eben ein „Miteinander“ und nicht ein „Gegeneinander“, wie es im Schlusswort des Artikels in der Gemeindezeitung heißt. Momentan ist dieses Ziel noch nicht in Sicht, obwohl wir eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen wünschen würden.“*

Neben der einseitigen Darstellung war die Bürgerinitiative auch über die Ankündigung des 9. April 2021 als Termin für die außerordentliche Bürgerversammlung überrascht, für den noch keine Zustimmung erteilt wurde. Insgesamt 736 Unterschriften wurden in der Vorweihnachtszeit innerhalb einer Woche für dieses Anliegen gesammelt. Diese sollten nun laut Artikel in einen „Informationsabend zu 5G“ münden. *„Beschlossen hatte diesen Termin der Bürgermeister, wir waren noch in Überlegung, die Dreimonatsfrist einzufordern, die einen Termin bis spätestens 18. März 2021 festlegen würde,“* erklärt Dr. Erhart-Leicht, *„Doch wir geben nun unsere Zustimmung dazu, kritisieren aber deutlich die Vorgangsweise der Gemeinde.“*

Außerdem betont die Bürgerinitiative ausdrücklich, dass es sich bei der beantragten und nach eingehender Prüfung durch das Landratsamt genehmigten Veranstaltung um eine außerordentliche Bürgerversammlung nach Art. 18 (2) der Bayerischen Gemeindeordnung handelt. Die Bezeichnung als Informationsabend entspricht daher nicht dem rechtlichen Status dieser Veranstaltung. Bürgerversammlungen sind nämlich nicht nur als „Informationsabende“ zu verstehen, sondern stellen einen rechtskräftigen Akt dar. Die demokratische Willensbekundung steht dabei im Mittelpunkt und nicht nur eine unverbindliche Information. Daher soll der gängigen Praxis entsprechend auch eine Resolution an den Gemeinderat verabschiedet werden, über deren Inhalt dieser dann innerhalb einer Dreimonatsfrist abstimmt.

Auch inhaltlich reicht die genehmigte Bürgerversammlung weiter als in der Gemeindezeitung vermittelt: Der Bürgerinitiative geht es nicht nur um 5G und seinen derzeitigen Ausbaustand. *„Wir haben eine umfangreiche Betrachtung des Themas Mobilfunk im Allgemeinen und von 5G im Speziellen beantragt, mit den verschiedensten Bereichen vom Gesundheits- und Umweltschutz bis zur Selbstbestimmung und den Grundrechten. Und diese fordern wir auch ein.“*

*Bei der Bürgerversammlung geht es uns um den aktuellen Wissensstand und um die Ausgestaltung einer erstrebenswerten Zukunft unseres Gemeindegebiets mit dem Ziel Gesundheit vorsorglich zu erhalten – und unsere Zukunft verantwortlich zu gestalten," sagt Frau Dr. Erhart-Leicht, und weiter: „Solange wir noch nicht beim eigentlichen Thema angelangt sind, wird ein miteinander statt übereinander reden, wie es laut Gemeindezeitung von Gemeindeseite angeblich schon gegeben sein soll, noch nicht gedeihen können. Das eigentlich verbindende Element ist der Mut zur offenen Anschauung des Themas, für jeden einzelnen Menschen, als auch auf gemeindlicher Ebene. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!"*